

Beschluss zu Protesten und Aktionen gegen die Demontage des Sozialstaats und die weitere Verarmung der Erwerbslosen

Der Bundeserwerbslosenausschuss (BEA) hat sich in seiner Sitzung am 2. April 2003 eingehend mit den Angriffen auf die Interessen der Arbeitnehmer/innen, der Erwerbslosen und der Rentner/innen beschäftigt.

Die Erwerbslosen von *ver.di* lehnen jede Absenkung der Arbeitslosenhilfe, die Absenkung der Sozialhilfe, die weitere Verarmung der Erwerbslosen, die Beeinträchtigung von Kaufkraft und Beschäftigung, die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung und die Rentenabsenkungen entschieden ab. Wir treten der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und der Aufweichung des Kündigungsschutzes entgegen. Wir fordern existenzsichernde Einkommen und Arbeitsplätze.

Der BEA ruft den DGB und die Einzelgewerkschaften auf, gemeinsam gegen den Sozialabbau aufzutreten und Protestaktionen dagegen zu vereinbaren.

Der BEA denkt dabei an ein breites Bündnis mit dem DGB und den Einzelgewerkschaften, aber auch mit außergewerkschaftlichen Kräften (Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen, etc.). Wir stellen uns dabei einen mehrstufigen Aktionsplan auf Orts-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene mit vielfältigen Aktionsformen vor.

Der BEA ruft auf:

- die Erwerbslosen in *ver.di*
- *ver.di* als Gesamtorganisation
- Erwerbslosen in den DGB-Gewerkschaften und in anderen Erwerbslosenverbänden
- den DGB und die Einzelgewerkschaften

bei einer für den 17. Mai 2003 geplanten Protestkundgebung geschlossen gegen die von Unternehmensverbänden, Oppositionsparteien und Regierungskoalition beabsichtigten Eingriffe in die Existenzgrundlagen der Erwerbslosen und Beschäftigten zu protestieren.